

Pfander
Condensiertes Milch
Beste Kindernahrung.
Dresdener Molkerei
Gebr. Pfund

Dresdener Nachrichten

38. Jahrgang.
Nur 56,000 Stück.

Reisetaschen
reiche Auswahl in allen Größen und Preislagen,
Reise-Artikel, Herren-Modewaren, Lederwaren.

Robert Kunze,
Altmarkt.

Dresden, 1893.

Thürschliesser.
Vollkommenster, selbst-
thätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und
franco. 70.000 Stück
im Gebrauch.
Curt Helmsius,
Dresden-N.
Tischstr. 12. fr. 27.
(Fernsprecher 11. Nr. 264.)

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rühl & Sohn.
Neumarkt 11. Fernsprecher 1119.

Maskeradeschmuck,
Colliers, Armbänder, Orden, Diademe, Kronen, Gürtel mit und
ohne Münzen und Steinen, sowie Gold- und Silberbesatz.
Grösste Auswahl in allen Preislagen.
Alfred Ulbrich, 10 Wallstr.-Antonsplatz 10.

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petzschke, Wilsdrufferstr. 17.
Nr. 35. Spiegel: Mittheilung in der Landwirtschaft. Hofnachrichten, Stadtverordnetenversammlung, Kolonialgesellschaft, Amtliche Bekanntmachungen, Sonnabend, 4. Februar.

Politisches.
Es ist gewiss kein Zufall, dass in der letzten Zeit an den verschiedensten Stellen seitens der Landwirtschaft und ihrer belehrenden Vertreter ein bitteres Klagen über die Lage der ländlichen Grundbesitzer erschallt. Im Reichstage allerdings sind nur ganz verhältnissmässig wenige Anträge gemacht worden, aber im preussischen Landtage erklang die Melodie mit außerordentlicher Deutlichkeit. Die Regierung hat sich allerdings in den Mantel des Schweigens gehüllt, oder, soweit sie sich doch zu einer Antwort bewegen liess, jenen eigenthümlichen Luctus acceptit, der aus den Spalten offizieller Blätter oder aus den Worten freundlicher Zeitredner hervorgeht: Es sei ja gar nicht so schlimm, und wenn es wirklich schlimm sei, so seien nicht der neue Kurs, sondern die ausserhalb seines Reichthums liegenden Verhältnisse verantwortlich. Der preussische Minister für Landwirtschaft schloß seine kurze Antwort auf die bitteren Anfragen des Herrn von Minnigerode mit den klaffenden Worten, dass wir trauern müßten, was uns auferlegt sei. Es fehlt nur der Vorbehalt von den „guten Seiten“ und den „schlechten Seiten“, um uns an die Tage von Osnabrück zu gemahnen. Die „Kreuzzeitung“, das führende Organ der Konservativen, kann sich nicht enthalten, zu der Aeusserung des Hrn. von Minnigerode hinzuzufügen: „Das ist ja richtig im Sinne der Agrarischen Bewegung. Vom Standpunkte der Gesetzgebung und Verwaltung jedoch, die sich mit den Dingen dieser Welt zu befassen haben, können wir uns mit einer so resignirten Auffassung nicht befreunden. Wir müssen leider annehmen, dass Aeusserungen dieser Art die ohnehin unter den Landwirthen herrschende Unzufriedenheit und Verstimmlung noch bedeutend erhöhen und der konservativen Partei die Aufgabe, hier beruhigend einzuwirken, erheblich erschweren werden. Darum muß wenigstens deutlich gesagt werden, dass wir mit der Methode des Herrn Minnigerode durchaus nicht einverstanden sind.“ Deutlicher aber noch als die Abgeordneten haben jene Landwirthe gesprochen, die sich mit einem Ruf zur Gründung einer neuen Wirtschaftspartei an ihre Berufsgenossen wandten. Sie erklärten ganz offen, „es sei ein Unglück, dass man heute das Regiment als Selbstzweck ansieht; früher, als wir noch Männer an der Spitze hatten, die (wie Bismarck) mit beiden Füßen fest im praktischen Leben standen, da sei noch ab und zu ein heiliges Donnerwetter dazwischen gekommen, wenn die Bureaukratie es gar zu bunt machte; aber gerade an der Kenntnis des praktischen Lebens mit seinen Schwierigkeiten fehle es heute in den leitenden Kreisen“. Und in ausführlichem Kommentar hierzu urtheilt der gut konservativ „Reichsbote“: „Die Regierung treibt das Volk selbst den radikalen Parteien in die Arme.“

Goldkabinett unserer kleinen Leute, umgibt ihr Vieh von Ort zu Ort treiben, bis sie dafür gesorgt haben, dass die Seuche durch das ganze Land vertheilt ist, dann aber, nachdem es zu spät ist, werden die hemmenden und doch werthvollen Maßnahmen für den Verkehr erlassen.“ In öffentlichen Brachlanden werden Willküren geübt, für die nöthigsten Landesmeliorationen gebe es in Preußen kein Geld. Dabei liegen die Kosten, die Steuern und die Kosten der sozialen Gesetzgebung, welche die Belastung des Landmannes mit Ehrenämtern, in es scheint, als wolle man die entzogenen Einnahmen nur durch vermehrte Lasten ersetzen. Oder will man die Landwirtschaft einfach zu Grunde richten? Als unsere eigenthümlichen Handelsverträge mit einer Gleichgültigkeit von 0,3 abgeschlossen wurden, erklärte Graf Caprivi bekanntlich, Deutschland sei ein Industrieland geworden. Darum, so meinten die Vertreter der Landwirtschaft, erklärte sich die jetzt beliebte Willkürherrschaft derselben, welche „nur noch zum werthlosen alten Gerumpel gehört.“

Bekanntlich wurde neulich in Dresden ein städtisch-autoritärer Seite die Anlage erhoben, dass trotz der „weitläufigen und erhabenen Berater des Reiches“, die Männer von ohnehin Muth und edler Pentart“ seien, die „Tagesperle“ für die jetzigen wirtschaftlichen Bedürfnisse „nicht die außerhalb des deutschen Reichs reichs liegenden Verhältnisse, sondern die Reichsregierung verantwortlich mache“. Die Verabschiedung der Zölle, nicht nur des Getreides, sondern auch des Holzes, die Aufhebung des amerikanischen Schweineeinfuhrverbots, die Erleichterung des Viehimportes, die mancherorts überaus hohe Preise für Viehbesitzer, die Beilegung der Ausfuhrverhältnisse für Zucker, die Schädigung der Spiritusindustrie sind aber doch wohl Maßnahmen, die auf dem Konto des neuen Antriebs stehen und nicht auf dem des Volksthumors; häufig nebeneinander gestellt, ergeben sie ein vollständiges Bild unserer neuen Wirtschaftspolitik, die mit den Bismarck'schen Traditionen an allen Ecken und Enden bricht. So heißt es denn auch in dem Aufsatz: „Wir sind doch auf andere Staaten; wodurch hat die Landwirtschaft in Frankreich, in Amerika den vielfachen Aufschwung genommen? Durch die weitgehende Förderung der dortigen Regierungen, welche sich wohl bewußt sind, dass eine blühende Landwirtschaft die feste Grundlage eines starken Staates ist, dass keine Ausgabe nöthiger und dankbarer ist als die, welche zur Förderung der Landwirtschaft gemacht wird. Wie ist es denn nur möglich, dass es mit uns dahin kommen konnte? Man kann sich nicht wundern, wenn Herr von Below Saboteur, doch wohl ein echt konservativer Mann, eine Schrift an den „Reichsbote“ im Namen der deutschen Bauern mit den Worten schließt: „Morituri to saluant.“

wenn wir erst soweit sind. Die bürgerliche Gesellschaft sei so überschattet, namentlich der Grundbesitzer, dass sie vielleicht noch sein werde, mit der Expropriation die Last los zu werden. Die sozialistische Organisation werde so massenhaft produziert, dass für Alle in reichem Maße Arbeit und Lohn zu erwarten sei. Die national-ökonomische Gesellschaft habe mehr und mehr auf sozialistischem Boden und das offizielle Organ des Reiches habe noch jüngst erklärt, es sei kein Zweifel mehr, dass dem Sozialismus die Zukunft gehöre. Die Zukunft gehöre der Sozialdemokratie, man werde dies bei den nächsten Wahlen sehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Richter v. Stumm (Mitt.): Abg. Bebel habe auf die Aufforderung, einmal das Programm der Zukunft zu entrollen, mit einer akademischen Vorlesung aus seinem Bunde „Die Frau“ geantwortet. Die Commune des Staates gegenüber den Sozialdemokraten habe die Bildung der Arbeitergesellschaften gefördert, weil der Privatbesitz dadurch erschwert werde. Dinge, wie sie in der letzten Zeit in England, Amerika, Frankreich u. vorgekommen, würden sich auch hier ereignen; wenn die Sozialdemokraten die nötige Macht dazu hätten, dann würde der ganze Terrorismus herrschen. Der sozialdemokratische Junfunktions sei nichts weiter, als ein großes Aufwachen. Die Sozialdemokraten wendeten sich an die bürgerlichen Klassen, um Hoffnungen zu erwecken, die sie nie erfüllen könnten, sie hätten Alles aus, um Besserung zu verhindern, denn sonst könnte ja der Arbeiter aufstehen werden. Allerdings hätten sie die Regierung angefordert, den oder jenen Gegenstand einzubringen; geschähe das aber, so hätten sie dagegen. Um Unzufriedenheit zu erzeugen, hätten die Sozialdemokraten die bestehenden Verhältnisse absichtlich falsch dar, sie sprächen von einem beständigen Sinken der Arbeitslöhne, während die letzteren in den letzten Jahren eine steigende Richtung verfolgten. Die wohlwollendsten Absichten der Arbeiter werden seitens der Partei in das Gegentheil verkehrt, die Sozialdemokratie appellire an die Gewalt, und so lange das geschähe, müsse ihr mit Gewalt entgegengetreten werden. — Abg. Dr. Wachem (Cent.): Man wisse nicht, was man die Sozialdemokratie antathen solle; weisse man auf das eine oder andere Ziel dieser Partei hin, so heiße es, das wollen wir nicht oder das wollen wir nicht mehr. Die Sozialdemokraten betrachten Alles, was zum Besten der Arbeiter gehöre, als unethische Mittel, gegen die Arbeiterverbesserungsgesetze, gegen das Arbeiterbildungsgesetz u. dgl. Das sollten sich die Arbeiter im Lande vergegenständlichen. Die Sozialdemokraten wüssten sehr wohl, dass die Weiterführung der begonnenen Sozialpolitik ihrer Macht ein Ende mache. Bebel habe die Gegenfrage gestellt, wie er, Richter, sich das Fortleben nach dem Tode vorstelle. Er antwortete: so, wie es der katholische Katechismus lehre. Bebel habe gefragt, wie sich die Mehrheit des Staats nach 5 Jahren vorstelle. Nun, im Bismarck'schen wie heute. Bebel erwiderte, sie wollten keinen Junfunktions, sondern habe Bebel aber selbst gesagt, dass man sich über die Gestaltung des Junfunktions schon sehr klar machen müsse. Auch Bismarck habe den Sozialdemokraten vor einigen Jahren gesagt: Sie sind jetzt 24, ich gebe Ihnen 26, aber wenn Sie 27 sind, müssen Sie auch sagen, wie Sie Ihren Junfunktions gestalten wollen. Heute sind die Herren 26 an der Zahl, dieselben hätten sie einen großen Kladderadatsch nach der Ablant dieses Jahres abgeben lassen, der aus dem neuen Staat erwachsen solle und jetzt erklärte Bebel, sie wollten keinen Junfunktions; was sich vollziehe, sei die natürliche Entwicklung der Dinge. Aber mit dieser natürlichen Entwicklung beschäftigten sich die Sozialdemokraten nicht, sie drängten zur Umwälzung der bestehenden Ordnung und da sie es nicht, dies ohne bestimmten Plan für die Zukunft zu thun. Bebel habe heute selbst ausgesprochen, dass es in der sozialdemokratischen Organisation keinen Gehirne und keine Autorität mehr gebe. In dem Augenblick, da die Organisation einträte, würden zunächst alle Fabriken, Bergwerke und sonstigen Betriebe in Mitleiden; wo sei die Möglichkeit, sie wieder in Bewegung zu setzen, wenn keine Autorität vorhanden sei? Entweder es werde eine geordnete Desorganisation, eine allgemeine Anarchie entstehen oder man habe jede Freiheit, vor Allem die freie Meinungsäußerung. Es werden in sozialdemokratischen Blättern allerlei verlockende Schilderungen des Junfunktions gegeben, aber wenn gefragt werde, wie solle das gemacht werden, verweigere man die Antwort; so verliere man das Volk. Wieder habe es nie eine menschliche Organisation ohne Autorität gegeben, je nachdem die gegen die Partei-Autorität Widerspruch erhoben, einfach aus der Partei herausgeworfen; aus dem sozialdemokratischen Staat könnte man doch den Einzelnen, der Opposition mache, nicht herauschmeißen, das wäre eine köstliche Gleichberechtigung! Man werden aber Millionen unzufrieden sein; was thun sie mit denen? Es bliebe nichts übrig, als diese Millionen in einem Meer von Blut zu ertränken. Die Sache sei ernst und sie sei blutig ernst für die Arbeiter. Die Arbeiter werden sich fragen müssen, ob sie innerhalb des heutigen Staates es nicht besser haben, als in einem erträumten Junfunktions. Alle verständigen Arbeiter würden nicht zweifeln, sein und sich gegen die Sozialdemokratie wenden, die ohne jede ethische Grundlage sei und nicht einmal an die Unmöglichkeit glaube. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Nein!) Richter schloß mit einem warmen Appell an die deutschen Arbeiter, sich nicht von Agitationen hinreißen zu lassen, die aus Deutschland ein Trümmerrückel hinstellen würden. (Lebhafter Beifall.) — Weiterberatung morgen.

Die „Leipziger Zeitung“, die aus Anlage und Beruf Alles gut findet, was geschieht und nicht geschieht, nimmt selbstverständlich von all diesen markanten Erscheinungen keine Notiz. Für sie giebt es keinen anderen Kurs, als den neuen, und kein anderes Recht, als das des jeweiligen Ministers. Schuld an allem Bösen hat nur die Presse. Da muß es sie wunderlich annehmen, daß die unzufriedenen Landwirthe, unter denen Namen wie die der altadeligen Familien v. Brodhagen, v. Ende, v. Bebel, v. Radebel, v. Wangenheim neben denen von Adersbäumen und Bauern figuriren, sich gerade darüber beklagen, daß es keine Presse gebe, welche ihren Klagen genügenden Ausdruck verleibe. Die Regierung wiederum sieht den Kopf in den Sand und glaubt damit die Sache abgehandelt, genau so wie neulich, als Graf Limburg-Sturm eine scharfe Kritik über den Wiener Stadtbefehl aussprach und die offiziellen Blätter diese ganze Thatsache vollständig übergingen. Und doch wäre es wohl angebracht, wenn gerade jetzt, wo der deutsch-russische Handelsvertrag wieder auf das Tapet gekommen, einmal von den Klagen der Landwirthe recht eingehende Kenntnis zu nehmen. Es sollen ja, so wurde offiziell mitgeteilt, Vertreter des Handels und der Industrie zu den Vorbesprechungen herangezogen werden; vielleicht entfällt man sich nachträglich noch dazu, auch Vertreter der Landwirtschaft zu hören. Es ist durchaus kein unberechtigter, verdammenstündiger Egoismus und wie all die schönen Epitheta lauten mögen, wenn der mehrfach erwähnte Ruf der Landwirthe sagt: „Der Kornbau ist bei den jetzigen Preisen nicht mehr rentabel; in der richtigen Erkenntnis, dass Deutschland den hochentwickeltesten Transportmitteln der Welt mit den billiger produzierenden Ländern Russland, Amerika, Indien u. s. w. nicht mehr konkurriren könne, wurden die Schutzzölle geschaffen. Jetzt hat man dieselben zum Abfall herabgesetzt, über die Verabschiedung Russland gegenüber wird unterhandelt; wird die letztere Thatsache, so ist der deutsche Kornbau ruiniert, ruiniert unsern gefährlichsten Zweig zu Grunde. Bei den jetzt herrschenden Anschauungen in unseren leitenden Regierungskreisen müssen wir aber auf das Schlimmste gefaßt sein! Im vorigen Jahre hatten wir hohe, zu hohe Preise, was hielten uns dieselben, da wir kein Korn geerntet hatten; in diesem Jahre haben wir eine gute Ernte in Preussisch-Pommern, obwohl aber von derselben infolge der gänzlichen Miskernte in Sommerfrucht ein großer Theil zu Futterzwecken verbraucht werden muß, so sind doch die Preise für Roggen und Weizen schon zu einer Tiefe gesunken, daß keine Rente mehr bleibt. Was soll erst werden, wenn auch Infund die niedrigen Preise erhält? So wie der Kornbau ist die Schafhaltung ertraglos geworden; die Schweinehaltung, die Haupterwerbsquelle des kleinen Besitzers und Arbeiters, ist durch die fortwährend wechselnden Einfuhrbestimmungen und die daraus folgenden rasenden Preisschwünge zu einem so unsicheren Geschäft gemacht worden, daß man nicht mehr mit derselben rechnen kann; an die Stelle des Exportes von Rindvieh ist eine Heber-Expropriation Deutschlands mit importirtem Vieh getreten, so daß die Preise die Kosten der Haltung nicht decken. Und weiter erklärt der Aufsatz der praktischen Landwirthe, es sei eine dunkle Frage, wie lange die Zuckerzeugung nach Beilegung der Ausfuhrvergütung noch konkurriren könne, es sei das Hauptgewerbe der armen Boden des Ostens, die Spiritusindustrie, durch die spanischen Zoll-erhöhungen und durch die neue Steuererhebung „einfach erschlagen“, und „zu all der Freude lasse man uns noch die Wand- und Haussteuer dazu dem Mangel einer genügenden Grenzsteuer in's Land“. Ungezählte Millionen kostet dieselbe seit dem letzten Sommer der deutschen Landwirtschaft nicht allein durch Viehsterben, sondern auch durch Störung jedes geregelter Viehhandels. Man läßt die Schweinezüchter, diese größten Waiskinder und

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Februar.
Berlin. Im Reichstage begründet Abg. Werner (Antilem) den Antrag auf Einstellung des gegen Altkreis wegen öffentlicher Beleidigung beim Landgericht Berlin I. schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der laufenden Session. Er erklärt, daß die Gründe, welche bei dem früheren gleichen Antrage gegen denselben maßgebend waren, nicht mehr obwalten, und schließt abfällig das Verhalten der konservativen Partei dem früheren Antrage gegenüber. Der Antrag Werner wird angenommen. Dann wird die Beratung des Etats des Innern fortgesetzt. Abg. Bebel (soz.) hält seine Angabe hinsichtlich der Entscheidung der Reichs- und preussischen Staatsbahnen aufrecht. Den Boden für die Sozialdemokratie habe er die deutsche Eisenbahn, für welche Dr. Richter so eifrig eingetreten sei. Dr. Wachem habe gefragt, welche Mittel die Sozialdemokratie zur Bekämpfung der bestehenden Zustände habe. Die Entwicklung zum Sozialismus sei immer durch Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen geschaffen worden, also auf revolutionärem Wege; denn traten ganz andere Faktoren zu Tage, die sich heute noch gar nicht überleben lassen. Die Sozialdemokratie habe aber auch eine große Anzahl von Maßnahmen vorgeschlagen, die sich schon auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung durchführen ließen, die aber an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert seien. Seine Freunde würden jederzeit den sogenannten „Jungen“ entgegenstehen, welche Verfechter in dem Rahmen der bestehenden Ordnung abliehen. Seine Partei habe eine Auflösung des Reichstages mit Vergnügen entgegen. Wenn Dr. Wachem die sozialdemokratischen Schriften wirklich studirt hätte, so würde er seine Liebe am Dienstag überhaupt nicht gehalten haben. Die sozialdemokratische Partei habe die Genossenschaftsbildung nur so weit, als sie der Propaganda diene, nicht aber als Ziel. Der eine verunglückte Genossenschaft in Berlin, welche Wachem anführte, gegenüber liegen sich Tugende glänzend florirender Genossenschaften namhaft machen. Angenehm sei ihm, daß Dr. Wachem das Gehalt Viehbesitzer beim „Vorwärts“ zur Sprache gebracht habe. Das Gehalt betrage 7000 Mk., sehr viel gegenüber dem Einkommen der weitaus meisten Parteigenossen, wenn aber im Verhältnis zum Einkommen der Bourgeoisie-Reichtümer, etwa des Reichthums v. Hammerstein bei der „Kreuzzeitung“. Was die Forderung nach der Darstellung des Junfunktions anlangt, so wollten seine Freunde einen Junfunktions gar nicht. Vor etwa 10 Jahren hätte man vielleicht eine solche Frage stellen können, zu einer Zeit, wo die Partei ihr heutiges Entwicklungsstadium noch nicht erreicht hatte. Die Partei habe sich mehrfach geändert. Die kapitalistische Entwicklung dränge dahin, den heutigen Staat zu beilegen und neue Organisationen, aber nicht einen Junfunktions an dessen Stelle zu setzen. Die Richterliche Schrift gegen die Sozialdemokratie habe bisher keinen Abdruck erhalten. Der Begriff des Staates habe bisher noch nicht übereinstimmend definiert werden können. Die Staatsgewalt entspringe erst mit dem Aufgeben der kommunikativen Grund-lage und in dem Augenblick, da sich Befehlende und Nichtbefehlende gegenüberstünden. Die jeweilige Staatsgewalt sei der Ausdruck der Interessen der herrschenden Klassen. Das allgemeine Stimmrecht liehe im Widerspruch und im Gegensatz der Besitzverhältnisse und so komme dasselbe auch faktisch nicht zur Geltung. Man sage, es sei immer so gewesen und werde immer so sein; nein, es sei nicht immer so gewesen und es wird auch nicht immer so sein. Die heutige bürgerliche Gesellschaft sei verhältnissmäßig moderner Datums, sie ist die beste, die bisher bestanden habe. Die Sozialdemokratie erkenne das an und befinde sich nur in der Aufgabe, um sie zu zeigen, daß eine neue Ordnung notwendig sei; die bürgerliche Gesellschaft sei notwendig geworden nach der feudalistischen. Die Sozialdemokratie sei das naturgemässige Produkt der bürgerlichen Gesellschaft, deshalb ließen er und seine Freunde sich nicht in utopische Detailmängel ein; Solches zu verlangen, sei Thorheit, die Partei habe ihr Programm, welches die Grundzüge ihrer Bestrebungen enthalte. Das Erste werde die Expropriation der Produktionsmittel sein; die Verstaatlichung größerer Betriebe und der Uebertragung solcher in Aktien-Gesellschaften arbeiten der Expropriation vor; wie das im Einzelnen einzurichten, werde man leicht sehen,

Berlin. Der Kaiser wohnte heute den Vertheilungsgesellschaften des Jahres von Rathen in Kauen bei. — Der Kaiser hat den Mitgliedern der rheinischen Provinzial-Landwirtschaftliche Vereinigung über die Kundgebungen zu Gunsten der Militär-Vorlage zu erkennen gegeben. — Der Reichshof einer größeren russischen Gordinenweberei theilt der „Rat.-Ztg.“ gegenüber den Angaben des Sozialdemokraten Schmidt im Reichstage mit, daß in seiner Weberei 1891 ein Weber durchschnittlich 1100 Mk. pro Jahr, 1892 aber durchschnittlich 1250 Mk. verdient habe; die schwachen seiner Weber verdienten durchschnittlich 18, die besten 20 Mk. pro Woche. — Der „Reichsanzeiger“ widerpricht der in der Militär-Kommission des Reichstages aufgestellten Behauptung, daß die Militärverwaltung im Laufe der Jahre eine Verminderung der Lohntätigkeitsanträge habe eintreten lassen und dadurch die Zahl der Längstlichen vermehrt habe. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Die durch die Militär-Vorlage bedingte Erhöhung der Heftungsanträge wird eine Verminderung der Anträge an die Längstlichkeit nicht zu Folge haben, sie hat nur die Verabfolgung des Minimallohnes von 1,57 auf 1,54 zur Voraussetzung. Sie wird, dessen in man gewiss, ohne Gefährdung der dienstlichen Leistung im Allgemeinen wie der Gesundheit der einzelnen Mannes Deduktion finden nur aus solchen Militärpflichtigen, welche schon nach den jetzigen Bestimmungen, vom Minimallohe abge-
sehen, ihre Einstellung in den aktiven Militärdienst zu gewärtigen

„Friedrich'sche Zeitung“
Dresdener Molkerei Gebr. Pfund, Bahnhofsstr. 41/42